

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes
christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Redaktion: A. Heutmann in Düsseldorf 51,
Corneliusstr. 66. Berichte, keine Beiträge u. sind
zuerst an den betr. Bezirksvorsitzenden einzuliefern.
Sämtliche Beiträge müssen bis Montags abends bei
der Redaktion in Düsseldorf eingegangen sein. A

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden
Samstag und kostet vierteljährlich durch die Post
bezogen 3.— M. Expedition und Druck von
Joh. van Allen in Krefeld, Luth. Kirchstr. 66.
Fernsprech-Nr. 1358. A

Nr. 25. Telegramm-Adr.: Textilverband Düsseldorf. Düsseldorf, den 20. Juni 1908. Fernsprech-Nummer 4423. 10. Jahrgang.

Tarifvertragspolitik und Klassenkampf.

Wenn am Schlusse des Jahres 1908 die sozialpolitische Bilanz gezogen werden wird, dann wird als eine der erfreulichsten Tatsachen ohne Zweifel die gebucht werden, daß auch im deutschen Gewerks- und Wirtschaftsleben das Verhandlungs- und Einigungsprinzip in diesem Jahre mehr denn je sich durchzusetzen hat. Das hat sich vor allem gezeigt bei den Verhandlungen über die Neuverregelung der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Bau-, Holz-, Maler- und Anstreicherhandwerk, sowie dem Schneidergewerbe in diesem Frühjahr. An Stelle der primitiven Verhandlungsformen der Vergangenheit haben sich in diesem Jahre die Interesseregelungen zwischen beiden Parteien in mehr geordneten Bahnen vollzogen, die der wachsenden Einheit beider Teile alle Ehre machen und für die Schaffung großer nationaler Tarifgemeinschaften, wie eine solche in mustergültiger Weise im deutschen Buchdruckerhandwerk besteht, die besten Perspektiven eröffnen.

Eine derartige, auf den gewerblichen und sozialen Frieden hindringende Entwicklung entspricht aber in keiner Weise den auf den Theorien des Klassenkampfes und Klassenhaßes aufgebauten Prinzipien des „wissenschaftlichen“ Sozialismus und der politischen Sozialdemokratie. In treffender Weise legt diesen Widerspruch zwischen dem Prinzip des von der Sozialdemokratie propagierten Klassenkampfes und friedlicher Tarifvertragspolitik der Vorsitzende des Verbandes deutscher Buchdrucker und Schriftsetzer, Emil Döblin, in der neuesten Nummer (12) der „Sozialistischen Monatshefte“ dar. Ein Hervorheben des Klassenkampfstandpunktes will Döblin wenigstens begreiflich finden, wenn auf dem absoluten Herrenstandpunkte stehende Unternehmer jeder Vertragsverhandlung gegenüber sich ablehnend verhalten und dadurch dokumentieren, daß sie dem Arbeiter als gleichwertigen Kontrahenten ein Mitspracherecht nicht einräumen wollen, sie ihn gewissermaßen für minderwertig ansehen. Dagegen erscheint es bedenklich das fortgesetzte Hervorheben des Klassenkampfstandpunktes in Verufen bzw. Organisationen, wo die Lohn- und Arbeitsbedingungen durch beiderseitige Verständigung ihre Regelung finden. Döblin begründet das folgendermaßen:

„Es ist unlogisch, einerseits den Weg des Tarifvertrages zu beschreiten und andererseits fortgesetzt das Kampfschloß zu ziehen. Soll der Tarifvertrag sich weiter entwickeln, und sollen die Verträge eine fortgesetzte Verbesserung des Klassenkampfstandpunktes nach sich ziehen, so ist es notwendig, daß das gegenseitige Vertrauen vorhanden ist zu der ethischen Absicht, die gewerblichen Differenzen möglichst in beiderseitigem Einverständnis zu schlichten. Die stereotype Hervorhebung des Klassenkampfstandpunktes muß direkt schädigend wirken, da sie bei den Unternehmern die Auffassung befestigt, daß der gewerbliche Friede jeden Augenblick erlöscht werden kann. Eine solche Situation ist aber nicht der Boden, auf dem noch so berechtigter Forderungen der Arbeiter ihre Befriedigung finden. . . Tarifverträge abzuschließen heißt praktische Gegenwartsarbeit verrichten; mit Schlagworten läßt sich da nichts anfangen. . . Das Bereinbaren und Bestimmbaren schließt es aus, daß hier mit dem Klassenkampf operiert werden kann. Die Tarifgemeinschaften resp. Verbände sind ein Erfolg des wirtschaftlichen Kampfes, und naturgemäß nehmen die Auseinandersetzungen mit den Unternehmern nach Erreichung dieses Zieles andere Formen an, als sie in permanenter Kampfzeit üblich waren. Die Arbeiter haben kein Interesse an der Zuspitzung der Gegensätze, ihnen liegt lediglich etwas an der Erreichung der gestellten Forderungen. Die Klassenkampftheorie am unrechten Ort angewandt, kann nur Verwirrung stiften.“

Der sozialdemokratische Klassenkampfstandpunkt ist vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus und mit Rücksicht auf die Tarifvertragspolitik nicht nur unlogisch, sondern auch direkt gewerkschaftsschädlich, so daß es, wie der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes mit Recht betont, das Allgemeininteresse erfordert, diesem schädigenden Radikalismus entgegenzutreten.

Er erinnert dabei an die Vorkommnisse im vorigen Jahre im Baugewerbe, wo die Organisationsleitung steigend von einem Kampfe abriet und zur Verständigung mahnte; den kampfmüden Reben gegenüber blieb jedoch der auf genauer Kenntnis der Verhältnisse beruhende Rat der Zeitung wirkungslos; gegen ihren Willen wurde in Berlin der Kampf aufgenommen, und er endete mit einer Niederlage. Jedenfalls ist es, so schließt Döblin ab, bedauerlich, daß die Neigung, sich an radikalen Leuten zu herausuchen, erst durch schwere Schädigung von Interessen eingedämmt werden muß, und der Wert kämpferischer Errungenschaften so geringe Würdigung findet.

So berechtigt die Beschwerden über die direkt gewerkschaftsschädliche Tendenz des sozialdemokratischen Klassenkampfstandpunktes sind, so wenig haben die „freien“ Gewerkschaften selbst von Schuld daran zu sprechen, daß bis vor kurzem diese Tendenz sich im Hinblick auf ihre gewerkschaftlichen Ziele und Bestrebungen so unliebsam bemerkbar machen konnte. In jeder Gelegenheit haben sie geglaubt, ihre Ideen- und Interessensolidarität mit der Sozialdemokratie betonen zu müssen. Und wenn angeführten ihre Mitglieder zwischen den politischen und gewerkschaftlichen Kampfmitteln nicht die gebührende Unterscheidung zu machen vermochten, so ist das zwar bedauerlich, aber sehr wohl erklärbar. Die Klassenkämpfer nun einmal zum Radikalismus hin, und wenn

dieser dann noch von der sozialdemokratischen Presse, der die gewerkschaftliche Tarifpolitik als gewerkschaftliche Harmonieindustrie (wie ein Dorn im Auge ist, künstlich geschärft wird, dann ist es nicht verwunderlich, wenn gewerkschaftliche Ueberlegung und politischer Radikalismus in ihnen sich um den Vorrang streiten.

Wenn dabei so vielfach der letztere über die erstere obliegt, so trug dazu nicht zum wenigsten die speziell gegen die Gewerkschaftsbeamten vollführte sozialdemokratische Pressehege bei. Diese werden in den Augen der Massen als Autokraten und Bürokraten hingestellt, die auf den „demokratischen“ Charakter der Gewerkschaften keine Rücksicht nehmen, denen gar ob „ihrer gehobenen Lebenslage“ das „proletarische Empfinden“ abhanden gekommen sei. Sie untergräbt damit die mit der steigenden Größe der Gewerkschaften und der Zunahme der tariflichen Vertragsabschlüsse so notwendige gewerkschaftliche Disziplin. Die „freien“ Gewerkschaftsbeamten andererseits verfehlen nicht, als politische Agitatoren für die Sozialdemokratie sich in kräftigen und fastigen Schlagworten zu bewegen, um bei den Massen sich möglichst wirksam zu erweisen, wobei hier und da auch eine Umschmelzung der proletarischen Instinkte ihre wesentlichen Dienste leistet. So wird vielfach bei den Massen eine Stimmung erzeugt, in der die Ideen des Klassenkampfes üppig emporschießen und nicht selten die Regungen mächtiger gewerkschaftlicher Erwägungen zu ersticken drohen.

Die christlich-nationalen Gewerkschaften halten sich von aller Parteipolitik frei; sie verschmähen auch ein gewisses Kraftmeiertum, für das bei dem engen Verhältnis der „freien“ Gewerkschaften zur Sozialdemokratie die Gefahr für letztere so nahe liegt. Dafür haben sie bisher auch die Klappen, die sich bei dem Klassenkampfstandpunkt für die Tarifpolitik ergeben müssen, glücklich vermieden und den Interessen ihrer Mitglieder in wahrhafter Weise zu nutzen gewußt.

Betrachtungen eines Textilarbeiters zur Tariffrage.

Wenn wir Textilarbeiter hören, so schreibt uns ein Kollege aus Strassburg, wie in der übrigen Verufen der Tarifgebende immer mehr an Boden gewinnt und ein Tarifabkommen nach dem andern zustande kommt, so wird es uns ganz eigen und fern. Schon der Gedanke an Tarifverträge erscheint den deutschen Textilarbeitern als Barmherzigkeit — wegen der großen Verschiedenheit der Artikel. Aber gemacht, gemacht! Mit denselben Argumenten sind die Tarifverträge vordem auch von den Arbeitgebern der anderen Verufe bekämpft worden, bis dieselben eines Tages von erbitterten Gegnern zu entschiedenen Freunden der Tarifverträge wurden. Darum lassen auch wir Textilarbeiter den Mut nicht sinken. Einst wird doch die Stunde schlagen, wo auch in der Textilindustrie die Tarifverträge als die „gewerblichen Friedensdokumente“ Anerkennung und Anwendung finden. Betrachten wir heute diejenigen Merkmale etwas genauer, welche den Tarifverträgen eigentümlich sind; vielleicht wird uns das bisher fast gänzliche Fehlen derselben in unserm Verufe erklärlich:

Der Tarifvertrag ist kein Arbeitsvertrag, sondern er stellt die Normen auf, unter denen der Arbeitsvertrag abgeschlossen werden soll. Daraus ergibt sich schon, daß der Tarifvertrag nicht von bestimmten Personen, sondern von Organisation zu Organisation abgeschlossen wird. Die Anerkennung der Arbeiterorganisation ist demnach notwendige Voraussetzung für das Zustandekommen eines Tarifvertrages. Sollte dieser Umstand für die Textilarbeiter nicht das Haar in der Suppe des Tarifvertrages bedeuten? Wohl in keinem Verufe hört man aus Arbeiterverbänden so oft das überlebte Schlagwort: „mit dritten Personen verhandeln wir nicht“, als gerade in der Textilindustrie. Dem Schreiber dieses ist schon des öfteren von Arbeitgebern gesagt worden: „Hätten wir uns früher persönlich verständigen können, dann wären die Differenzpunkte früher beigelegt worden.“ Um das zu erreichen, braucht der Verbandsvertreter kein „Brenner“, so sein. Es ist für den Kenner der Verhältnisse nicht ohne komischen Beigeschmack, einen Arbeitgeber sich gegen ein Verhandeln mit dem Gewerkschaftsbeamten sträuben zu sehen, obgleich er die Gewißheit hat, daß „seiner“ Arbeiter ohne die ausdrückliche Zustimmung der Verbandsleitung keine entscheidenden Beschlüsse fassen. Auf diesen Umstand sollten unsere Kollegen ihre Betriebsleiter höflich aber deutlich aufmerksam machen. Es liegt doch wohl ein übertriebener Stolz und auch eine arge Selbsttäuschung darin, gegebene Tatsachen als nicht vorhanden zu betrachten. Das beginnen die Arbeitgeber hier im Süden auch mehr und mehr einzusehen.

Ein weiterer Grund für das Fehlen der Tarife in unserm Verufe liegt darin, daß die Organisationen auf Arbeiterseite noch nicht genügend erfaßt sind. Starke Organisationen auf Arbeitgeberseite wie auf Arbeiterseite müssen das Fundament und die Stützpfeiler des tariflichen Abkommens bilden. Die Textilarbeiter ziehen sich das tarifliche Arbeitsverhältnis dem Tarifvertrag vor, solange sie die Arbeitsbedingungen glauben willkürlich diktieren zu können. Daher können wir auf einen Umkehrung der Anschauungen unserer Arbeiter um so eher hoffen, je mehr wir unsere Ver-

band festigen und stärken. Das gilt besonders auch nach seiner finanziellen Seite hin. Damit wollen wir unsere Betrachtungen für heute schließen. Nächstens wollen wir sehen, wie ein Tarifvertrag zustande kommt und wie er beschaffen sein soll.

Ein Feind des Volkes.

In der deutschen Arbeiterbewegung, wie sie sich in den Gewerkschaftsorganisationen christlicher Arbeiter zeigt, tritt das Ringen der deutschen Arbeiter nach einer höheren Wertung des Lebens, nach erhöhter Anteilnahme an den Kulturgütern, namentlich an den geistigen, zutage. Man ist sich in der deutschen Arbeitererschaft bewußt geworden, daß der Sinn des Lebens nicht eigentlich in der bloßen Befriedigung der gemeineren Bedürfnisse, wie die des Essens, Trinkens und Schlafens besteht, sondern daß das Dasein erst seine Weihe und seinen eigentlichen Inhalt bekommt, wenn wir es lösen von dem eigenen Ich, von dem Alltäglichen und es auf die großen Gesamtschicksale der Menschheit richten. Der Idealismus ist es, der der Arbeiterbewegung ihre Schwungkraft verleiht. Alles, was sich diesem Streben nach Erhöhung des Geistes, nach Erweiterung der Lebensgüter entgegenstellt, wird als Rückschritt und Feindschaft bekämpft und verabscheut.

Ein Feind unserer Bewegung, und zweifellos einer der schlimmsten, der die Entfaltung und den Fortschritt der Arbeiterbewegung unterdrückt und hindert, ist die übermäßige Verwendung alkoholischer Getränke, wie Wein, Bier und Branntwein als Genußmittel. Nun soll hier keineswegs die Behauptung aufgestellt werden, daß man den Alkoholismus nur in Arbeiterkreisen finde, daß der sogenannte Schnapsalkoholismus das alleinige Uebel sei, was bekämpft werden müsse. Man kann vielmehr darauf hinweisen, daß die Alkoholverfeuerung eher von „oben“, als von „unten“ ins Volk hineingeht. Gerade die oberen Volksklassen haben ja die Trinkitten ausgebildet, die nun von den unteren Volksklassen nachgeahmt werden, und dadurch zu einem gemeinen Feinde des ganzen Volkes werden. Der im Herbst 1906 stattgefundenen 4. deutsche Abtinententag beschloß sich u. a. auch mit den akademischen Trinksitten, wozu von vier ehemaligen Akademikern Vorträge gehalten wurden. Man faßte daraufhin eine Entschloßung, in der es heißt: „Durch die akademischen Trinksitten schädigen die höheren Stände das Gesamtleben der Nation in einer Weise, wie es kein anderes germanisches Volk auch nur annähernd zu erleiden hat. Es ist Heuchelei schlimmster Art, sich über die Trunksucht der Arbeiter zu enträsten, solange das Vorbild der Trunksucht, die akademische Trinksitte, Duldung genießt. Wer mit 20 Jahren gelernt hat, sich auf Befehl eines andern mit Bier anzufüllen, bis er es wieder erbrechen muß, der hat damit oft genug das Opfer des Intellekts und des Kabavergewissens für alle Zeiten geleistet.“ Wie in studentischen Kreisen, so herrscht der Alkoholismus auch minder verheerend beispielsweise in Offizierskreisen, wie sich ja gerade an Liebesmählern allerlei blutige Ehrenhändel anknüpfen.

Mit diesen Hinweisen sollen jedoch die verhängnisvollen Folgen, die der Alkoholismus für die Arbeiterschaft nach sich zieht, keineswegs abgetan werden. Seitdem wir in das Industriezeitalter eingetreten sind und die Herstellung herausragender Getränke außerordentlich gesteigert und verbilligt worden ist, frisst der Alkoholismus immer mehr am Mark des Volkes und ganz besonders am Mark des arbeitenden Volkes. Denn verderblicher als für die Angehörigen der wohlhabenden Klassen, wirkt der Alkohol für den Arbeiter, dessen ganzes Kapital in seiner eigenen Gesundheit und Geisteskraft besteht. Gibt er diese dem Alkohol preis, dann steht er eben vor dem Nichts, der Bankrott seiner Existenz und damit der seiner Familie ist fertig, Ehre und guter Name sind dahin. Man hört oft von Arbeitern die Vorrede für einen guten Tropfen mit dem Hinweis entschuldigend: „Ja, was hat denn der Mensch vom Leben, wenn er seine Sorgen nicht wenigstens ab und zu für ein paar Stunden hinwegspülen und für eine kurze Spanne Zeit sich nicht eine frohe Daseinsaufassung vorzutauschen soll?“ Dabei denkt man eben nicht, daß, indem man so seine eigenen Sorgen bricht, man recht häufig die seiner Familie erhöht, daß man sich freudestunden vorkaufte, während dasheim in vielen Fällen Frau und Kinder in Trübsal leben. Zum andern streift die durch den Alkohol verführte Frau Sorge nach Verfliegen des Kaufes des besten eiserne die knöchige Hand nach ihrem Opfer aus.

Am schlimmsten wirkt noch die leichte Vererbbarkeit der Alkoholgenüß und die entartende Wirkung des Alkoholgenüßes der Eltern auf die Kinder. Die schreckliche Ette, Kindern Alkohol einzugeben, soll gar nicht weiter besprochen werden. Es ist eine bekannte Forderung der Verzie und Pädagogen, daß Kinder nicht vor dem 14. Lebensjahre von dem Genuß berauscher Getränke ferngehalten werden sollen, da für den kindlichen Körper der Alkohol ein Gift ist. Es ist eine Gewissensfrage der Eltern, ihren Kindern in den ersten 10 Jahren auch in dem kleinsten Maß Alkohol zu verabreichen, sei es Wein, Bier oder Schnaps; schärft zu verurteilen ist der Alkoholgenüß auch für künftige Mütter. Wo es die Zahl der Kinder, die mitleidig des Alkoholgenüßes der Eltern mit einem tranken Le- zur Welt kommen,

Wie sehr der viele Alkoholgenüß eine nationale Gefahr bedeutet, zeigte uns viele Erscheinungen neuerer Zeit. So wurde im Jahre 1898 gegenüber dem Jahre 1880 in Bayern bei den Pflanzungsleistungen eine zehnfache Zunahme an Herzkrankheiten festgestellt. Bekanntlich ist aber Bayern das „gelobte Land des Bierkultus“, also eines starken Alkoholgenüßes.

Es sei hier außer manchem andern nur darauf hingewiesen, daß in unserm Zeitalter, das sich auf hygienischem Gebiete nicht genug tun kann und alle möglichen Vorkehrungen trifft, um das Meer der Krankheiten zu mindern, letzteres keineswegs gegen früher abgenommen hat. Ohne Zweifel trifft auch hierbei dem Alkoholgenüß ein erheblicher Teil der Schuld.

Alle diese Uebelstände, die der Genuß des Bieres Alkohol zeitigt, machen sich nun bei dem Arbeiter viel unheimlicher bemerkbar, als in den wohlhabenden Kreisen, die diesen Schädigungen manchen Ausgleich schaffen können. In Arbeiterkreisen zieht der Kain des Familienvaters durch Bier- oder Schnapsgenüß den der ganzen Familie nach sich.

Es dürfte kaum nötig sein, hier darauf hinzuweisen, wie die ganzen Organisationsbestrebungen gerade durch die verderbende Wirkung des betäubungsgiftigen Alkohols gehemmt werden. Nach den Versammlungen ist bei manchen das Mundgebeten oder „Abgewöhnen“ trinken leider sehr beliebt. Das hat zur Folge, daß dasjenige Betäubende, welches die Versammlung gebracht hat, durch das Betäubungsmittel verwischt wird, so daß man an anderen Morgen sich kein richtig klares Bild von dem machen kann, was in der Versammlung nützlich und erprobliches vorgekommen ist. Daß auch die Gegnerschaft der Frauen zu den Gewerkschaften und deren Veranstaltungen dadurch großgezogen wird, ist doch ganz natürlich. Gegen dieses „Nachverkommen“ müssen wir ganz entschieden ankämpfen. Wir müssen uns mehr dem Banne Alkohol entziehen und auf die ethische Erziehung des Arbeiterstandes hinwirken. Gerade der Schnapskeufel raubt uns auch die Achtung bei den andern Ständen und bei jedem nobeln Menschen.

Zum Schlusse möchte ich den Gewerkschaftsführern einmal vorhalten, auf dem nächsten Kongreß auch einmal die Alkoholfrage zu behandeln, wie durch Belehrungen und praktische Gegenmittel den verheerenden Wirkungen des Alkoholismus einigermaßen Einhalt geboten werden kann. Hoffentlich wird das Verwählte nachgeholt und der Segen für den einzelnen wie für die gesamte christliche Gewerkschaftsbewegung wird nicht ausbleiben. A. M.

Die christlich-nationale Arbeiterschaft und die „Gelben“ in der Oberlausitz.

Um Stellung zu nehmen zu den vaterländischen Arbeiterunterstützungsvereinen, berief unser Verband zwei öffentliche Versammlungen ein. Bei unseren Mitgliedern war ja von Anfang an Klarheit. Ja doch durch die Resolution, die der zweite deutsche Arbeiterkongreß 1907 zu Berlin in Sachen der „Gelben“ faßte, ein für allemal unser Standpunkt klar gekennzeichnet. Nicht so für einen Teil der Deutschen Arbeiter und für die vielen unorganisierten Arbeiter. Auch gegenüber den Arbeitgebern war eine öffentliche Stellungnahme nötig, da die Gründer dieses vaterländischen Arbeiterunterstützungsvereins sich dem Wahne hingaben, sie könnten mit den christlichen oder kirchlich-dünkelnden Gewerkschaften gemeinsam arbeiten. Dieser Wahn mußte zerstreut werden.

Die erste Versammlung fand am 26. Mai in Jittau

in den Kronen-Sälen statt. Etwa 800 Personen, darunter Angehörige aller Stände, waren anwesend. Auch die „Gelben“ waren zahlreich erschienen. Kollege Bakruch-Erfurt eröffnete die Versammlung und teilte mit, daß der brieflich eingeladene Reichstagsabgeordnete Dr. Weber-Wöbau telegraphisch sein Fernbleiben mit Kommissionsaufgaben im Reichstagsgebäude entschuldigte. Von den Arbeitgebern, die ebenfalls schriftlich eingeladen waren, hatten einige ablehnend, andere gänzlich geantwortet. Darauf nahm Kollege Rammle-Weiß das Wort, um in fünfteiliger Rede unsere Stellung zu den vaterländischen Arbeiterunterstützungsvereinen darzulegen. Voran schied er einen kurzen Überblick über den Werdegang der Arbeiterbewegung ab. Mit den „Gelben“ ginge er schärf ins Gericht. Durch die verschiedenen Namenänderungen und durch keine Unterscheid in der äußeren Organisation dürfe man sich nicht täuschen lassen. Sie hätten alle das eine gemeinsam: Die Abhängigkeit vom Unkeuschenwertum und Verwerfung des Streiks. Auch hätten sie keine Solidarität mit ihren Kameraden. Die künftige Bewegung und der Streik würden durch das Eingreifen der „gelben“ Streikbrecher gestoppt werden und an Schärfe nur gewinnen. Schmeichelei und Demagogie würden geübt, die „gelben“ Vereine seien nicht in der Lage, selbständige Arbeiter und Charaktere zu erziehen. Sodann nahm Redner das Statut des von den Industriellen geplanten Arbeiterunterstützungsvereins unter die Lupe und kritisierte die einzelnen Bestimmungen. Daß man den Streikbruch organisiere, gehe aus dem Paragraphen 11 unzweideutig hervor. Da heißt es:

„Bricht im hiesigen Bezirke eine Bewegung aus, die zur Lösung des Arbeitsverhältnisses von Mitgliedern der sozialdemokratischen Organisation führt, so hat der Vorstand alsbald Schritte zu treffen, daß den Vereinsmitgliedern die Möglichkeit der Fortsetzung der Arbeit sichergestellt wird. Die Mitglieder können aber nicht verlangen, daß sie in diesem Falle während der Dauer der Bewegung

gewollt in denjenigen Fällen bleiben, von denen die Arbeiter...

Das ist mit anderen Worten eine Umkehrung des...

Als nächster Redner wandte sich Kollege Waltrusch...

Nach einer Pause von zehn Minuten sprach als erster...

Kollege Jente-Dresden wies die Ausführungen...

Als dem nächsten Redner, Herr Kohlenwerk...

Rum erhielt Herr Schmiedler das Wort, der sich...

Als zu vorgeschriebener Zeit (gegen 1 Uhr) Kollege...

Die zweite Versammlung tags darauf...

Unsere Versammlung fand im Vereinslokal...

Kollege Kimmelsch ergriff die Versammlung...

Zu der Diskussion wandte sich nun Kollege...

Als zweiter Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Zu der Diskussion wandte sich nun Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

majoritäten. Da in Sachsen am Vorabend vor Sonn...

Im großen und ganzen haben aber die beiden...

Da es in der Versammlung am Sonnabend in den...

In dem Betrieb von F. A. Bernhardt wurden...

Ich bitte hierdurch um Aufnahme als ordentliches...

So zwingt man die Arbeiter, wider ihren Willen...

Ein großes Schlaglicht wirft das Verhalten der...

aus dem Jahresbericht des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Mitgliederverhältnisse.

Die Mitgliederbewegung der christlichen Gewerkschaften...

An der Mitgliederzunahme sind sämtliche Verbände...

Die Mitgliederzunahme der christlichen Gewerkschaften...

Zusätzlich des Gesamtverbandes stehen gegenwärtig...

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 4 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907, Gesamtzahl, Kasseneinlage am 1. 1. 1907.

Es sind dieses mit Ausnahme des Vereins zur gegen...

Auch im Verbands des bayerischen Post- und Tele...

Der christliche Textilarbeiterverband hatte ver...

Protestversammlung der Rader Textilarbeiter gegen die Aussperrungen bei der Firma Jos. Königsberger.

Die Entlohnung des Streites der Textilarbeiter...

Die christlichen Gewerkschaften im Jahre 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

Table with 2 columns: Organisation, Mitgliederzahl am 1. 1. 1907.

bei der Firma zu Streitigkeiten gekommen ist. Schon...

den Tarif nicht ändern würde. Trotz dieses Versprechens trat die Firma...

beden zu lassen; besonders tätig ist die Firma...

In der Diskussion erläuterte ein Ausschussmitglied...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

Als nächster Redner beehrte Kollege...

ten von der Firma bekommen. Ebenfalls sei der Bürgermeister von Imgenbroich, der Mitteilhaber der Firma ist, in derselben Richtung tätig gewesen. Der Erfolg war, daß die Arbeiter sich ihren am Freitag gefassten Beschluß umfassen und sich zur Vermeidung der „Ausperrungsarbeit“ bereit erklärten. Es sind daraufhin am Dienstag Nachmittag zwei Verbandsvertreter nach Imgenbroich gefahren, jedoch weitgehend die Arbeiter jede Zusammenkunft mit ihnen; der Verband habe ihnen nichts zu befehlen, sie arbeiteten nicht für Königberger, sondern für Blumenjaat u. Co. Die Verbandsvertreter wurden auf der Straße ausgehört und ausgepöffelt. Redner erwähnte noch, daß diese Arbeiter, soweit sie dem Verbandsangehörigen und Ausperrungsarbeit vermeiden, nicht allein aus dem Verbandsausgeschlossen werden, sondern ihre Namen in Verbandsorgan bekannt gegeben würden. Wenn sie später die Früchte ihres kurzfristigen und standeswidrigen Verhaltens ernten würden, so hätten sie sich das selbst zuzuschreiben.

Im weiteren Verlaufe der Erörterung wurde mit Entrüstung erwähnt, daß eine Anzahl kleiner Lohnvereine in Wachen, namentlich am Eschplatz und in der Friedrichstraße sich zur Vermeidung von Königbergerischen Arbeiten verstanden hätten. Ein Vertreter des „deutschen Verbandes“ bemerkte, daß diese, soweit sie Mitglieder seines Verbandes seien, ausgeschlossen würden. Von anderer Seite wurde hervorgehoben, daß auch eine Anzahl von Lohnvereinen Königbergerische Arbeiten ausdrücklich abgelehnt, und daß zahlreiche in Lohnvereinen beschäftigte Arbeiter sich mit der Belegschaft von Königberger solidarisch erklärten. Es wurde wiederholt betont, wenn die Arbeiterschaft der Lohnvereine nicht solidarisch verfare, so werde das schließlich zu ihrem eigenen Schaden ausschlagen, denn bei sinkender Konjunktur werde man auch die Löhne der Lohnvereine drücken. Es sei zu bedauern, daß der Arbeitgeberverband nicht sein ganzes Schwergewicht gegen die Firma in Anwendung bringe; man könne fast auf die Vermutung, daß es sich um einen Versuch handle, eine allgemeine Reduzierung durchzuführen. Der Sieg der Firma werde gleichbedeutend sein mit einer allgemeinen Lohnherabsetzung in Wachen.

Kollege Klütgen betonte noch, daß das Vorgehen der Firma das Gute gehabt habe, den Unorganisierten klar zu machen, daß es doch einmal anders kommen könne. Dann erfordere der Fall noch eine Vertiefung nach der Seite des Arbeitgeberverbandes. Wenn eine Belegschaft den Instanzweg nicht einhält, dann kommt eine allgemeine Aussperrung. Wenn aber eine Firma sich an den Instanzweg nicht hält, dann geschieht ihr nichts. Man strebt nach Einigungsämtern, Schiedsgerichten und Arbeitsämtern. Aber auch der Unternehmer muß verpflichtet werden, die Institutionen, die zum sozialen Frieden eingerichtet sind, zu respektieren. Hoffen wir, daß der Arbeitgeberverband nach Mitteln und Wegen sucht, um die angeschlossenen Firmen im Interesse des Friedens zur Einhaltung der zwischen den Organisationen vereinbarten Einrichtungen anzuhalten. Das können wir billigerweise verlangen.

Die Versammlung nahm nach etwa zweistündiger Erörterung des Falles einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 10. Juni im Gesellschaftshaus tagende öffentliche Versammlung der Textilarbeiter von Wachen und Umgebung nimmt Kenntnis von der nicht verständlichen und nicht loyalen Handlungsweise der Firma Königberger, welche, trotzdem sie dem Arbeitgeberverband der Textilindustrie zu Wachen angegeschlossen ist, den zwischen dem genannten Arbeitgeberverband und dem Zentralverband christlicher Textilarbeiter vereinbarten Instanzwegen der Verhandlungen nicht eingehalten und sogar strikte abgelehnt hat. Sie verurteilt dieses Vorgehen, weil dadurch nicht allein die Arbeiterschaft sondern auch die Bürger gefährdet werden.“

Die Versammlung spricht sich gegen jede Verschönerung des Lohnes aus, wie die Firma sie beabsichtigte. Die Versammlung ist der Ansicht, daß die jetzt gezahlten Löhne bei den heutigen Verhältnissen nicht oder kaum ausreichen, eine normale Familie zu ernähren, besonders da der Beruf der Textilarbeiter einer der am schlechtesten entlohten ist.

Die Versammlung erwartet, daß von der Firma Königberger sowie von allen anderen Firmen, die dem Arbeitgeberverbande angegeschlossen sind, bei vorliegender Differenzen der zwischen beiden Verbänden vereinbarte Instanzweg eingehalten wird.

Die Versammlung erklärt, daß die ausgesperrte Arbeiterschaft voll und ganz korrekt gehandelt hat, und erwartet von der Firma Königberger, daß sie das alte Verhältnis wieder herstellt und den Weg der Verhandlung beschreitet.

Die Versammlung verurteilt entschieden das Vorgehen gewisser Lohnvereine, die durch das Verwehen von Königbergerischen Arbeiten das gerechte Vorgehen der ganzen Arbeiterschaft schädigen.“

Nach Annahme der Resolution entspann sich eine Debatte über die Frage der Unterstützung der unorganisierten Kollegen. Die meisten Redner sprachen sich dahin aus, daß es nicht angängig sei, diese Leute zu unterstützen. Eine solche Unterstützung sei geradezu eine Prämie auf die Interferenzfähigkeit und Einschüchternheit. Von der Organisation dürfe ihnen nichts zuzuführen; man müsse es den Unorganisierten selbst überlassen, sich zu helfen. Durch Abstimmung wurde festgestellt, daß die Versammlung fast einstimmig dieser Ansicht war.

Mädchen, die vor dem Streik erklärten, wir hatten länger aus wie die Organisierten, die Schreier, die sich ein Vergnügen daraus machten, die Verbandsvertreter niederzubrüllen, diese sind es, die heute das den organisierten Arbeitern gegebene Wort gebrochen haben und der Firma Arbeitswilligendienste leisten. So ist durch das Gebahren dieser Leute die Situation für die Streikenden eine durchaus ernste geworden. Auf Wunsch der Streikenden wurde am 2. Juni eine öffentliche Bürger- und Arbeiterversammlung abgehalten. Dieselbe war stark besucht. Kollege Peiß referierte über die Ursachen und Wirkungen des Streiks und wurde aus der Mitte der Versammlung folgende Resolution vorgelegt und angenommen:

„Die heute, am 2. Juni 1908, im Lokale des Herrn Anton Büßem tagende, stark besuchte Bürger- und Arbeiterversammlung nimmt Kenntnis von den Ursachen des bei der Firma Wongs u. Bahn entbrannten Kampfes. Die Versammlung erklärt einmütig: die streikenden Arbeiterinnen und Arbeiter stehen in ihrem vollen Recht; durch die Ausföhrungen des Referenten ist der Tarifbruch auf Seiten der Firma bis zur Evidenz bewiesen. Die anwesenden Arbeiterinnen und Arbeiter spenden den Streikenden volle Sympathie und mißbilligen ganz entschieden, daß die Firma den Streikenden gegenüber einen derart ablehnenden Standpunkt einnimmt. Die Versammlung verspricht den Arbeiterinnen und Arbeitern der Firma Wongs u. Bahn, wenn der Streik nicht bald beigelegt wird, vollste moralische und materielle Unterstützung. Versammlung beauftragt ferner die Organisationen und deren Vertreter, an den Bürgermeister von Wachsen heranzutreten, um durch dessen Vermittlung den beide Teile schädigenden wirtschaftlichen Kampf eventl. beizulegen.“

Diese Resolution wurde von der Versammlung einstimmig angenommen. Die Verbandsvertreter sind mittlerweile an den Herrn Bürgermeister um Vermittlung herantreteten, und hat derselbe sich erboten, eine solche in die Wege zu leiten. Möge es nun auch gelingen, den Kampf beizulegen, ehe derselbe auf beiden Seiten tiefe Wunden geschlagen hat.

Im allgemeinen macht sich auch hier am Orte die Krisis immer mehr bemerkbar. Das zeigt sich vor allen Dingen im Einschränken der Arbeitszeit.

Eine Anzahl Betriebe arbeiten augenblicklich nur 6 bis 7 1/2 Stunden pro Tag. Daß die Arbeiter bei einer derart reduzierten Arbeitszeit nichts verdienen können, liegt klar auf der Hand. In anderen Betrieben versucht man es, durch Lohnabzüge die Arbeiter müde zu kriegen. Und dabei sind die Lohnreduzierungen nicht so knapp.

Hier ein Beispiel: Bei der früheren Firma Sporer u. Janzen, jetziger Inhaber Emil Gross, versuchte man es, den Lohn um 5% zu kürzen. Als die Arbeiter sich hiergegen wehrten, wurde beschloffen, nur drei Tage pro Woche zu arbeiten. Gleichzeitig begann der Firmeninhaber Strafen zu verhängen wegen schlechter Ware. Es wurden dort verdient in 14 Tagen von den Arbeiterinnen und Arbeitern, die sich bei uns meldeten, 12 bis 16 Mark. Hier von wurden Strafen abgezogen für festgesetzte Ware 2 bis 5 Mark. Nun fragen wir einmal, wozu soll der Arbeiter oder die Arbeiterin leben? Aber es kommt noch schlimmer. Ein Samtbandweber mußte ein Stück festgesetztes Samtband kaufen. Der Arbeiter bekam das Geld dafür abgehalten, er verlangte jetzt aber auch die verdorbene Ware, der Firmeninhaber erklärte, das fehlerhafte Band nicht mehr finden zu können und häßigte dem Arbeiter ein Stück fehlerfreies Band aus. — Wir werden nächstens mehr solcher Fälle bringen.

Auch gibt es verchiedene Firmen, die dasjenige, was die Arbeiter in der guten Zeit erungen haben, jetzt wieder abziehen. Zu denselben gehört auch die Firma Madel, wo, nebenbei gesagt, unsere organisierten Kolleginnen und Kollegen einen schweren Stand haben. Wir werden auch hierauf noch näher eingehen.

Eins möchten wir unseren organisierten Kolleginnen und Kollegen noch ans Herz legen: Unsere Feinde sind rastlos an der Arbeit, das Fundament unserer Organisation hier am Orte zu untergraben. Leider haben wir die Tatsache zu verzeichnen, daß durch das Kolportieren allerlei Gerüchte eine Anzahl Kollegen sich irre führen lassen. Es ergeht die ernste Mahnung an unsere Kolleginnen und Kollegen, sich durch nichts dazu bewegen zu lassen, der Organisation den Rücken zu kehren; nur mannhaftes Ausbleiben bei der Jagde unseres Verbandes kann uns schließlich den Erfolg bringen. Bei der vergangenen Aussperrung war es die Belegschaft der Firma F. W. Greef, die am schlechtesten organisiert war. Damals sammelten unsere Kolleginnen und Kollegen eine ziemlich Summe Geldes, die in der Hauptsache an die Nichtorganisierten bei der Firma F. W. Greef ausbezahlt wurde. Heute müssen wir leider konstatieren, daß eine Anzahl derjenigen, die die Großen ihrer organisierten Kolleginnen und Kollegen gewonnen haben, der Organisation den Rücken kehren.

Unter dieser Belegschaft befinden sich auch diejenigen, die sich nicht scheuen zum Schaden unseres Verbandes und zum Gaudium unserer Feinde die unsagbarsten verdächtigen Gerüchte rund zu schicken. Aber unsere Verbandskollegen und Kolleginnen werden sich nicht irre führen lassen, sondern diesen „lieben Freunden“ einmal ungehymnt die Wahrheit sagen.

Warendorf.

Zur Aussperrung in Warendorf und Umgebung. Am 10. Juni hat zwischen der Firma S. Brinhaus und dem Arbeiterausschuß eine Besprechung stattgefunden. Da die Firma immer wieder behauptet und auch durch die Presse bekannt macht, die zwei Ertragspugnerinnen verdienen trotz des neuen Lohns 2,70 pro Tag, machte der Ausschuß der Firma folgenden Besatzungsbescheid:

„Die ausständigen Pugerinnen nehmen zu dem neuen Lohnsatz die Arbeit wieder auf. Die Firma garantiert aber den Pugerinnen für sechs Arbeitstage 14 Mk. Lohn.“

Die Firma verspricht, dieses dem Fabrikantenverbande zur Genehmigung vorzulegen. Am Freitag Nachmittag wurde der Arbeiterausschuß wieder ins Komptoir gerufen. Von der Firma Brinhaus wurde nun erklärt: „Der Fabrikantenverband hat den Vorschlag abgelehnt.“ Auf die Frage eines Ausschussmitgliedes, welche Vorschläge denn eventl. die Firma mache, erwiderte Herr Paul Brinhaus: „Wir sind entschlossen, nicht nachzugeben.“ Demnach will die Firma unter keinen Umständen eine Verständigung. Wenn es wahr ist, daß noch nicht ganz eingearbeitete Pugerinnen pro Tag 2,70 Mk. verdienen bei normalen Verhältnissen, dann müßte die Firma doch den Pugerinnen, die jahrelang die Arbeit getan und deren Leistungsfähigkeit die Firma kennt, pro Tag 2,30 Mk. Lohn garantieren können. Hier liegt aber der Hase im Pfeffer. Während man früher von den Pugerinnen nur alleräußerste Arbeit

forderte und, wenn diese nicht geliefert wurde, die Pugerinnen die Stücke ohne jede Entschädigung nachputzen mußten, ist man mit der gelieferten Arbeit der Ertragspugnerinnen immer zufriedener, wenn auch mangelhaft gepußt ist. Eventl. werden die nachgeputzt. Ja, dann kann man wohl trotz 20 Prozent Reduzierung 2,70 Mk. verdienen. (Dann müßten ja noch einmal 25 Prozent reduziert werden. Die Firma sagte doch, 16—17 Mk. Verdienst pro Woche ändert. D. W. S.)

Also nur deshalb wurde die Forderung des Mindestlohnes gestellt, damit die Firma auch den früheren Pugerinnen gegenüber etwas Nachsicht übe. Dann brauchte die Firma ganz bestimmt keinen Pfennig Lohn zuzulegen. Eben deshalb steht auch jeder mit der Branche Vertraute ein, daß die Ertragspugnerinnen nicht 2,70 Mk. Lohn „verdienen“, sondern nur „erhalten“, um hiermit nach außen „glänzen“ zu können.

Sei dem wie ihm wolle. Eine Einigung war nicht zu erreichen, bis jetzt und so sind am Samstag Abend auch unsere Mitglieder bei den Firmen Wiemann u. Bisping und U. u. R. Oberstadt in Warendorf und Gebr. Rath in Sassenberg ausgesperrt worden. Im Ganzen sind jetzt 350 unserer Mitglieder auf der Straße. Hier und in Sassenberg liegt die Textilindustrie so ziemlich still.

Nun, weil die Arbeiter mitreden wollen bei Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Herr Bisping sagte zwar noch in den letzten Tagen: „Wer will mir das Recht absprechen, daß ich die Löhne reduziere, wie ich will?“ Nun, das Recht kann die Firma sich nehmen. Aber der Arbeiter hat nicht die Pflicht, unter allen Umständen für jeden von der Firma gebotenen Lohn zu arbeiten. Auch die Firma Brinhaus muß, ob sie will oder nicht, ihren Arbeitern das Recht einräumen, daß sie auch mal tagen, unter solchen Bedingungen arbeiten wir nicht mehr. Wo bleibt sonst der § 105 der Gewerbeordnung. Das ist kein freier Arbeitsvertrag, wo nicht der Arbeiter auch mal „Nein“ sagen darf.

Die Firma wird auch schon längst eingesehen haben, daß ihr die schönen Fabriken nur Schaden bringen, wenn keine Arbeiter die Maschinen bedienen. Und doch hätte alles ganz anders sein können. So leicht hätte sich eine Verständigung finden lassen, wenn nur bei der Firma der gute Wille vorhanden gewesen wäre. Dieses ist nicht allein die Ansicht der Arbeiter, sondern fast aller Mitbürger. Wenn jemals, dann sympathisieren letztere mit wenigen Ausnahmen mit der Arbeiterschaft.

Die Firma fühlte sich sehr getroffen dadurch, daß veröffentlicht behauptet war, sie lehne jede Verhandlung ab. Trotzdem bleibt es doch wahr.

Unter einer Verhandlung verstehen wir, daß die Parteien sich über die strittigen Punkte in Ruhe aussprechen und durch beiderseitiges Entgegenkommen eine Einigung zu erlangen suchen. Eine solche Verhandlung hat bis zum Mittwoch nicht stattgefunden. Vielmehr ist früher jedesmal der Arbeiterausschuß kurz abgewiesen mit den Worten: „Das gibt es nicht“, oder „darauf habi ihr schon eine Antwort neulich erhalten“. Das ist doch sicher kein Verhandeln.

Es scheint auch, als wenn die Besprechung am Mittwoch nicht ihren Anlaß fand in der Verhandlungswilligkeit der Firma. Die Erklärungen der Firma in verschiedenen Zeitungen am Samstag geben darüber Auskunft. Von der Mitbürgerchaft wurden die Zeitungserklärungen mit bedenklichem Kopfschütteln gelesen. Sie bedauerte auch, daß die Firma dadurch wieder Preßpolemiken hervorrief. Der Arbeiterausschuß muß auf die Erklärung erwidern, daß die darin aufgestellten Behauptungen nicht der Richtigkeit entsprechen. Dadurch wird auch nicht der Verhandlungsvorgebereit. Im Gegenteil.

Vielmehr hört man die Werbung fallen: „Wir begreifen nicht, daß der Fabrikantenverein die ganze Angelegenheit mal nicht genauer untersucht? Warum findet nicht mal eine gemeinsame Sitzung zwischen den Vertretern beider Organisationen, der Firma und den Arbeitern statt? Dann müßte doch eine Verständigung kommen.“

Ja, die Bürger meinen es gut. Aber sie kennen unsere Fabrikannten nicht. Die müßten dann ja die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes anerkennen. Da wird vielleicht noch viel Wasser die Eins herunterlaufen müssen, ehe dieses geschieht. Die Arbeiterschaft wünscht keine wirtschaftlichen Kämpfe. Andererseits weiß sie aber auch, daß noch keine Volksbewegung ohne Kampf zur Geltung gekommen ist, und darum verzagen auch hier die Arbeiter nicht, weil sie sich eins fühlen mit ihren Berufscollegen allerwärts.

Aus unsern Bezirken.

Bezirk Wahren.

In den nächsten Tagen werden in sämtlichen Ortsgruppen unseres Bezirks Lohnnotierungsblätter an die Mitglieder verteilt werden. Wir machen deshalb auch an dieser Stelle die Vorstandsmitglieder und Vertrauensleute darauf aufmerksam, zunächst in einer Sitzung sich darüber zu verständigen, wie die einzelnen Rubriken ausgefüllt werden sollen, damit an den einzelnen Orten für die verschiedenen Spezialbranchen die Eintragungen einheitlich geschehen. Auch müssen besonders in den ersten Monaten die Bücher von den Betriebsvertrauensleuten kontrolliert und die Mitglieder vor genauer und pünktlichen Ausfüllung der einzelnen Rubriken angehalten werden. Nur dann, wenn sofort nach jeder Lohnung die Eintragungen genau und wahrheitsgemäß von den Mitgliedern mit Tinte gemacht werden, erfüllen die Lohnnotierungsblätter ihren Zweck. Die Bücher bleiben im Besitze der Mitglieder. Bei Lohnbewegungen und anderen Anlässen, wo es sich um die Zusammenstellung des statistischen Materials handelt, müssen dieselben der Lohnkommission resp. dem Vorstande zur Einsichtnahme vorgelegt werden. In denjenigen Ortsgruppen, wo diese Bücher aus der Ortsgruppe entlehnt werden, bleiben die Bücher Verbands Eigentum und müssen beim Austritt aus dem Verbandsamt an den Vorstand der Ortsgruppe zurückgegeben werden; andernfalls müssen dieselben von den Mitgliedern bezahlt werden.

Bei jeder Lohnbewegung veröffentlichten die Arbeitgeber die „hohen“ Durchschnittsverdienste ihrer Arbeiter, ohne daß wir in der Lage sind, die angegebenen Zahlen auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Wird in irgend einem Betriebe eine Lohnforderung gestellt, gleich gibt uns der Arbeitgeber ein Duzend andere Betriebe an, wo die Arbeiter noch viel niedriger verdienen.

biene sollen. Bisher war es uns insolge Fehlens einheitlicher, statistischer Lohnaufstellungen fast immer unmöglich, das Gegenteil durch Beibringung des nötigen Materials zu beweisen, obgleich wir genau wußten, daß die Angaben der Arbeitgeber nicht stimmten. Wie viel kann bei Lohnbewegungen aus anderen Anlässen zur Klärung und Gewinnung der öffentlichen Meinung für uns geschehen, wenn wir den Angaben der Arbeitgeber unsere einwandfreien Verdienstangaben gegenüberstellen können. Es liegt deshalb im Interesse der Gesamtheit wie jedes einzelnen Mitgliedes, die einzelnen Rubriken der Lohnnotierungsblätter genau und gewissenhaft auszufüllen.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Brehell. Seit November vorigen Jahres ist hier mit sehr erheblicher Arbeitsbeschränkung gearbeitet worden. Unsere Seidenband-Industrie, besonders bei der Firma Niedick u. Co., richtet sich nach den jeweiligen Vorräten an Lager und hat deshalb oft eine vollständige Beschäftigung, manchmal nur halbe Tage und noch weniger, auch schon drei Viertel Tage Arbeitszeit. Dazu kommt strenges Liefern der fertigen Ware, hohe Abzüge und fortgesetzt Arbeiterentlassungen. Bei der Firma die Ball arbeiten auch einige Arbeiter nur halbe Tage. Die Abzüge für fertige Ware sind nicht mehr so hoch wie in den Monaten November, Dezember, Januar und Februar. Wenigstens sind die Klagen vielfach verstummt.

Die Samtindustrie liegt total darnieder. Bei der Firma Niedick u. Co. wurde im Oktober-November von 8 und 9 Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags gearbeitet; dazu Warten auf Material bis zu 7—8 Tagen. Dann trat eine Verhäufung der Schappe ein. Das Warten auf Material dauerte länger und die Arbeitszeit wurde für alle Samtweber mit vereinzelten Ausnahmen zuerst auf 4 1/2 Stunden, und zwar von 9—12 und von 1 1/2—3 Uhr festgesetzt, dann auf 4 Stunden, von 8—12, reduziert. Dazu kam für viele Warten auf Material bis zu 14 Tagen. Die Verhältnisse liegen bei der Firma die Ball und bei van der Uylowich Nachfolger nicht so traurig, doch waren wochenlanges Warten, Arbeitszeitverkürzung und Entlassungen an der Tagesordnung.

Zu alledem kam noch die Verarbeitung von sehr schlechtem Material sowohl in Wand wie auch in der Samtbranche, so daß neben den wenigen Metern Ware, die gemacht wurden, dieselben auch noch nicht ungefragt den Lieferraum passierten. So kann also von einem einigermaßen befriedigenden Verdienste nicht die Rede sein.

Unsere Mitgliederzahl hat sich gut gehalten, wenn auch einzelne abgeprungen sind. Der Gedanke der gewerkschaftlichen Organisation bringt immer tiefer in die Herzen der armen Proletarier.

Engelskirchen. Unsere am 17. Mai anberaumte Mitgliederversammlung konnte wegen des schlechten Wetters nicht abgehalten werden. Es wurde deshalb beschloffen, daß am 28. Mai eine öffentliche Versammlung stattfinden solle. Und obgleich in der Zeitung bekannt gemacht worden war, daß die Gewerkschaftssekretäre Jahrendrach und Schmelzer ihr Erscheinen zugesagt hatten, war auch diese Versammlung wieder nicht gut besucht. Nachdem der Vorsitzende die Versammlung eröffnet hatte, erhielt Gewerkschaftssekretär Jahrendrach das Wort. Derselbe widerlegte die in dem Bericht des Vergleichen Tärmers über die Arbeiterversammlung in Diringhausen enthaltenen Vorwürfe gegen die christlichen Gewerkschaften. Als zweiter Redner referierte Gewerkschaftssekretär Schmelzer über die Pflichten des Arbeiters gegen den Arbeitgeber und wie sich ein Arbeiter im Betriebe verhalten soll. Dann sprach Herr. Kurz über die Arbeiterfrage und forderte ihre Kollegen und Kolleginnen zum Eintritt in die Gewerkschaften auf. In der anschließenden Diskussion wurden u. a. auch noch verchiedene Mißstände bei der hiesigen Firma besprochen.

Odenkirchen. Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß das Krankengeld in Zukunft nur noch Samstags abends von 8—10 in der Wohnung des Kollegen Kopp, Thalfstr. 38, ausgezahlt wird.

Reichenau (Sachsen). Am Sonntag, den 31. Mai hielt unsere Ortsgruppe bei starker Beteiligung den Sommerausflug nach Köhlige i. Böhmen. Dorthin trafen wir mit Kollegen aus Brehelwe und Grotzau zusammen, und es entwickelte sich bald enge Freundschaft. Kollege Hübler-Seitendorf hielt eine beifällig aufgenommene Ansprache. Er berührte die „Gelben“ und die „Roten“ und ermahnte unsere Kollegenschaft haben wie drüben, einig zusammen zu gehen und Stand zu halten in unserer guten Sache. Von den anwesenden Kollegen folgten einige durch ernste und heitere Vorträge für Unterhaltung. Ganz besonders sprach ein Gedicht: „Die Korbflechterei“, vorgetragen von einem Fräulein aus Ullersdorf i. B., an, was auf Wunsch ein zweites Mal vorgetragen wurde. So war also dieser Ausflug ein bereichendes Zeichen der Verbrüderung der christlichen Gewerkschaftler untereinander.

Gewerkschaftliches.

Aus unseren Verbänden.

Studiere die Verbandsstatuten. Wir haben in unserem Organ schon öfters darauf hingewiesen, daß es unbedingt notwendig sei, in den Mitglieder- und Vertrauensleuten eine gewisse Vertrauenswürdigkeit zu schaffen. Das ist besonders notwendig in jungen Ortsgruppen und in solchen, in denen die Mitgliederzahl gering ist, man also viel mit jung Organisierten rechnen muß, die natürlich über die Einrichtungen und Unterhaltungsleistungen unseres Verbandes wenig oder gar nicht orientiert sind. Besonders kann den Vorstandsmitgliedern und Vertrauensleuten es nicht genug ans Herz gelegt werden, sich mit den Statuten unseres Statuts gründlich vertraut zu machen. Man macht an der Geschäftsstelle nur zu häufig die Erfahrung, daß es in manchen Ortsgruppen in Bezug auf Kenntnis des Statuten nicht ganz zufriedenstellend ausfällt. Mangel und unangenehme Situationen für den Vorstand und die Vertrauensleute sind die trübsten Folgen. Als Beweis mag aus vielen folgender Fall herausgeholt werden:

In einem Orte sind Vater mit drei Töchtern längere Zeit Verbandsmitglieder. Der Vater kommt

Aus dem Verbandsgebiete.

Lohnbewegungen und Arbeitsfreistigkeiten.

Wieschen.

Zum Streik bei Wongs & Bahn. Bekanntlich legten vor sechs Wochen die Weber und Weberinnen der Firma Wongs u. Bahn die Arbeit nieder. Grund dieser Arbeitsniederlegung war Tarifbruch von Seiten der Firma. Die organisierten Arbeiter und Arbeiterinnen haben den Abwehrkampf in aller Ruhe geführt. Berücksichtigung wurde zwar der Versuch gemacht, die Einigkeit der Arbeiter zu sprengen; jedoch vergebens. Obgleich die Firma auswärts Ware herstellen läßt, obgleich die Angestellten, besonders verschiedene Meister sich Mühe geben, Ertragskräfte zu finden, und obgleich sie Streikarbeitern, ist bisher noch keiner von unseren Verbandskollegen, die Unterstützungsansprüche an die Organisation stellen können, fahrlässig geworden. Wohl haben sich eine Anzahl Nichtorganisierten und einige Nichtbezugsberechtigte, also solche, die ihre Arbeitszeit nicht hinter sich haben, veranlaßt gesehen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Jene Leute, meistens halbbrüchige Burtschen und

das Sterbegeld. Nun hatte aber der Verstorbene nur etwas über 30 Beitragsmarken gelebt, was dann krank geworden und lebte nunmehr die laut Statut vorgezeichneten Krankenmarken. Nun hatte der Vertrauensmann des bez. Kreises den Leuten aber schon während der Krankheit des Vaters versichert, daß der Verband nach einjähriger Mitgliedsdauer Sterbegeld zahle. Das ist aber unrichtig. Sterbegeld wird gerade wie die Krankenunterstützung erst nach 52 vollen Beitragswochen gewährt. Es soll nun zugesandt werden, daß unser Statut in diesem Punkte eine Unbestimmtheit enthält, indem es einfach heißt, daß Sterbegeld nach einjähriger Mitgliedsdauer gezahlt wird in Höhe von 30 Mark. Unter einjähriger Mitgliedsdauer muß aber die Leistung von 52 vollen Beitragswochen verstanden werden. Der Zentralvorstand hat wiederholt den Ortsgruppen Gelegenheit gegeben, hiervon Kenntnis zu erlangen. Aber immer noch findet man Unkenntnis, wie auch in dem angezogenen Falle.

Der Vertrauensmann hatte also bei den Leuten die Meinung befestigt, es gebe Sterbegeld. Dieses konnte aber laut Bestimmung unseres Statuts nicht gewährt werden. Die Enttäuschung war naturgemäß bei den Hinterbliebenen des Verstorbenen groß, und sie wurde dadurch dem Verbande zu fühlen gegeben, daß die drei bei uns organisierten Löhner ihren Austritt anmeldeten. Aber dabei blieb es nicht. Die Kolleginnen trieben eine Gegenagitation unter ihren Bekannten, und innerhalb einer Woche hatte der Vertrauensmann sieben Austritte zu verzeichnen. Wären die Leute gleich richtig informiert worden, hätten diese unlieblichen Geschehnisse nicht passieren können.

Dieser Fall könnte durch verschiedene ähnliche Beispiele ergänzt werden. Wir sind überzeugt, daß man in manchen Orten schon ähnliche Erfahrungen hat machen müssen. Darum Studium unserer Statuten besonders für Vorstände und Vertrauensleute. In den Mitgliederversammlungen bildet eine Besprechung der Verbandsangelegenheiten einen ganz interessanten Beratungsstoff. Bei aller Notwendigkeit, unsere Mitglieder über die großen Fragen der Gewerkschaftsbewegung aufzuklären, dürfen wir doch nicht vergessen, daß die Behandlung dieser praktischen Seite ein dringend notwendiger Teil unserer gewerkschaftlichen Arbeit ist.

Manche Kollegen scheinen es auch nicht zu wissen, daß unsere Statuten unbedingt maßgebend und bindend sind und daß auch der Zentralvorstand sich nicht darüber hinwegsetzen kann. Es laufen verschiedentlich Anträge auf Unterstufung ein, die der Zentralvorstand nicht bewilligen kann, weil sie im Statut nicht vorgesehen sind oder weil das beantragende Mitglied die im Statut festgelegten Vorbereitungen nicht erfüllt hat. Solche Unterstufungen müssen abgelehnt werden, weil eine Gewährung statutenwidrig sein würde. Die Statuten sind von den Mitgliedern selbst durch die Verbands-generalversammlung als oberste Instanz des Verbandes festgelegt und daran muß sich natürlich auch der Zentralvorstand bei seinen Entscheidungen halten. Soll dem anders sein, dann müssen dem Zentralvorstand die bezügliche Rechte auf der Generalversammlung eingeräumt werden.

Man möge die in diesen Zeilen amäprochene Mahnung beherzigen und befolgen. Man vergesse bei aller Großzügigkeit, die in unserer Bewegung notwendig ist, das Kleine nicht. Enttäuschung, Ärger und Verdruß werden dadurch erpart und Mitglieder erhalten.

Internationale Konferenz der christlichen Gewerkschaftsführer. Vom 2. bis 5. August tagt im Kasino, Zürich III (Schweiz) eine Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer aus den verschiedensten Ländern, in denen bereits christliche Gewerkschaften eingetragt sind. Die Anregung zu der Konferenz ging von dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands aus. Schon vor vier Jahren wurde auf dem fünften Kongress der christlichen Gewerkschaften Deutschlands in Essen die Notwendigkeit einer solchen Veranstaltung anerkannt und der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften mit den erforderlichen Vorarbeiten beauftragt. In der Zwischenzeit sind in den verschiedensten Ländern eine Anzahl Neugründungen von christlichen Gewerkschaften erfolgt, so daß jetzt der Zeitpunkt zur Anberaumung dieser Tagung gekommen zu sein scheint. Alle größeren Organisationen der christlichen Arbeiter, deren Vorstände dem Vorstands des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands bekannt waren, hinstimmen, um ihre Meinung beizugeben, der Anberaumung der Konferenz zu. Als Besprechungsgegenstände sind folgende vorgegeben:

1. Bericht über den Stand der christlichen Gewerkschaften in den einzelnen Ländern.
2. Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit internationaler Beziehungen und Gründung eines internationalen Sekretariats. Referent: René Debruyne-Went (Belgien). Korreferent: E. M. Schärer-Düsseldorf (Deutschland).
3. Weisen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften in der Gegenwart. Referent: J. St. Schwerts-Bladbach (Deutschland).
4. Die organisatorischen Aufgaben der christlichen Gewerkschaften an den Grenzgebieten. Referent: Franz Spolansky-Wien (Österreich). Korreferent: Hermann Kogelmann-Essen (Deutschland).
5. Internationale Konferenzen der einzelnen Berufsverbände.

Anmeldungen zur Besichtigung der Konferenz sind an A. Stengerwald, Köln (Deutschland), Kaiserstr. 14, zu bewirken, von wo aus jedwede Auskunft erteilt wird. Die Adresse des Diskussionskomitees, an das Anträge über Besichtigung von Wohnstätten und sonstiger wichtiger Angelegenheiten zu richten sind, ist Otto Sander, Arbeitersekretär für Zürich III (Schweiz), Rotwandstr. 50.

Aus gegnerischen Organisationen. Pfingsten der sozialdemokratisch organisierten Textilarbeiter. Dem langjährig geübten Brauch, wo nicht die sozialdemokratische Gewerkschaftspropaganda die christliche Gemeinde und Festtage und das Christentum überhaupt mit Spott überhäufelt. Wenn es gilt, gegen das Christentum zu weichen, steht der Textilarbeiter. Organ der sozialdemokratischen Textilarbeiterverbände, wie unter den Klagen. Natürlich auch! Er will keine Mitglieder zu fröhlichen Sozialisten erziehen. Daran hindert aber die großartige Weltanschauung. Sagte doch Bebel ganz recht: Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser. Darum muß erst die christliche Überzeugung aus den Köpfen und Herzen der Arbeiter ganz herausgerichtet werden. Dann wird die sozialistische Erziehung leichter und schneller werden.

In Nummer 23 vom 5. Juni bringt der Textilarbeiter seinen Pfingstartikel. Wir begreifen darin zunächst den bestimmten Anklagen gegen das heilige christliche Christentum. Es heißt:

Kirchenlehre geworden, und deren Verfechter und Verbreiter nehmen sich heute nicht mehr der Armen, Bedrückten, Mitleidigen und Beladenen an, sie haben sich zum Bützel des Reichtums und des Wohlstandes begabiert. Dem Reichen ausdrücklicher Schutz, dem Armen magere Tröstel, heißt ihre Parole. Und an dieser Tatsache wird auch nicht geändert, wenn sie und da einmal ein Elender auftritt, der sich der alten Christenlehre erinnert und für den Schutz der Unterdrückten eintritt. Er wird halb als „Hege“ von seinem Amte entfernt. Die christliche Kirche glaubt und schätzt eben heute mit starrem Fanatismus das Eigentum und den Reichtum und die Korruption einzelner Bedrückter und wirft als Gnadenbroden den Ausgebeuteten die Erziehung vom Wohlergehen nach dem Tode hin, als ob sie sich trotz dieser trübseligen Gewissheit nicht auch schon irdischer Genüsse freuen könnten.

Dann verländert der „Textilarbeiter“ die neue, seine Weltanschauung, die alle Menschen beglücken soll. „Eine neue Weltidee, wissenschaftlich begründet und felsenfest auf den ehernen Tatsachen wirtschaftlicher Entwicklung, ist in der Ausbreitung begriffen und zieht in ihren Bann die ganze zivilisierte Menschheit: Der Sozialismus. Er erhebt in wirtschaftlicher Hinsicht das bewährte Banner der alten Apostel und Märtyrer, er will die schöne Erde allen Menschen geben. Er bekämpft die Volksausbeutung in jeglicher Gestalt und will ein wirklich freies und glückliches Menschengeschlecht.“

„Die neue und wahre Religion der Menschheit“ sei der Sozialismus. Es ist nur schade, daß es diesen neuen Religionsverändern nicht gegeben ist, die Verwirklichung ihres Traumes zu schauen. Wenn man an dem Menschendasein und an der Menschheitsentwicklung so herumexperimentieren könnte — was aber nicht geht — so müßte das Experiment einmal gemacht werden. Wir glauben, diese Verwirklichung würde die Nächstenliebe bringen und den neuen Gesetzgeber würde zuletzt ob ihrer Gottähnlichkeit — bange!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Evangelische Gewerkschaften? Daß die Berliner mit ihrer konfessionellen Absonderung und Persönlichkeitspolitik nicht allein in Deutschland bleiben würden, war leicht einzusehen. Die Beispiele verberben also, heißt es schon in einem alten Sprichwort. Auch auf evangelischer Seite sind vor langer Zeit schon Versuche gemacht worden, den Berlinern in ihrem unglücklichen und an Erfolg armen Bestreben nachzugehen. Und sonderbar, während die Berliner selbst die katholische Überzeugung der Mitglieder, geben die Propagandisten konfessioneller Gewerkschaften auf evangelischer Seite an, in den christlichen Gewerkschaften läge das evangelische Bewußtsein zu kurz. Wer mag wohl Recht haben?

Hat sich da vor zwei Jahren in Halle a. S. ein „Gewerkschaftlich organisierter Verein erwerbender Frauen und Mädchen Deutschlands“ unter besonderer Unterstützung einer Fräulein Elisabeth Schönlmeier etabliert. Der „gewerkschaftlich organisierte Verein“ hat es bis heute glücklich auf 130 Mitglieder gebracht. Bisher hat sich dieser Verein „für Deutschland“ nur in seiner Geburtsstadt hören lassen; sonst war er wohl nirgends bekannt. Nun bringt das „Korrespondenzblatt“ des Evangelisch-sozialen Preisverbandes für die Provinz Sachsen, das Großherzogtum Anhalt und Thüringen in seiner Nr. 11 vom 1. Juni, wie wir aus dem „Reich“ entnehmen, den Verein in Erinnerung. Das mag das „Korrespondenzblatt“ machen; jedenfalls hat der Verein bitter notwendig. Aber die Art, wie das geschieht, verdient zurückgewiesen zu werden. Nach dem Bericht im „Reich“ schreibt das Blatt:

„Sehr bedauerlich ist es, wenn im Blick auf den Falljahren, im gegebenen Sachverhalt begriffenen Gewerkschaften die „Evangelische Frauenzeitung“, Organ des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes, Mai 1908, erklärt: „Der Bund hält die gemeinsame Organisation beider Geschlechter unter den heutigen Verhältnissen in Deutschland für das Nichtigste und ist der Ansicht, daß für die Organisation der christlichen Frauen der Rahmen in den christlichen Gewerkschaften gegeben ist.“ Setzt sich der D. E. Frauenbund mit dieser Erklärung nicht mit sich selbst in Widerspruch? Geht es nicht der Gewerkschaften der Heimarbeiterinnen nicht immer ganz besondere Anerkennung und Unterstützung, obwohl es eine reine Frauenorganisation vorliegt, ohne irgendwelche Verflechtung der männlichen Heimarbeiter? Der Bund setzt sich aber auch mit seinem Namen in gewissem Widerspruch, indem er zur Organisation evangelischer Frauen die christlichen interkonfessionellen Gewerkschaften empfiehlt. Liegt hier nicht die Gefahr vor, daß das evangelische Gefühl allmählich getrübt und geschwächt und schließlich eine Vorarbeit für Rom geleistet wird? Gewiss, Gewerkschaft und Bekanntheit haben an sich nichts miteinander zu tun; das ist auch der Standpunkt der Sozialdemokratie, der offiziell „Religion Privatangelegenheit“ ist. So wenig man aber Geist und Körper trennen kann, so wenig läßt sich religiöses Leben auf Tage und Stunden beschränken. So sind Meinungsäußerungen wie die einer evangelischen Arbeiterin sehr beachtenswert. Ich weiß gar nicht, was das noch ein Unterzettel ist mit den Katholiken, sie haben ja unser Glaubensbekenntnis, es ist doch also eigentlich ganz egal, was man ist.“

Wären die christlichen Gewerkschaften das, was sie sein wollen, so wären sie längst von der katholischen Kirche in Acht und Bann getan; aber ihr Organ betont immer wieder, daß der Textilarbeiter mit den christlichen Gewerkschaften h. u. j. einverstanden ist. Auch die Meinung auf protestantischer Seite, daß das evangelische Christentum noch weitverbreiteter als die katholische Kirche in den christlichen Gewerkschaften überwiegen würde, scheint uns auf gewissem Grund zu beruhen. Jeder Blick auf paritätische Arbeit, z. B. beim Rechtschutz, zeigt wo sie in der Widerzahl liegt.

Das „Reich“ gibt demnach folgende treffende Antwort:

„So leb es uns ist, gegen ein Blatt zu polemisieren, das sich evangelisch-sozial nennt, können wir doch den Artikel beiseite lassen, auch wenn er gar nicht ist, nur ins Fehlen. Die gegen die katholischen gerichteten Anklagen sind, soweit beziehen die christlichen Gewerkschaften betreffen, völlig unbegründet. Ringende ist dem katholischen Seite in den interkonfessionellen Gewerkschaften konfessionelle Ausprägung geübt worden, sondern man hat sich erst auf die sozial-wirtschaftliche Arbeit und auf allgemeine politische Tätigkeit und gewerkschaftlich georgante Organen eingelassen. Es kann also nur ein Evangelischer sein, können Konfessionen trennen, wenn man sich einig ist, die christlichen Gewerkschaften für die Bekämpfung der Ausbeutung, die in dem Artikel gewissermaßen festgestellt sind.“

gen zeigen zudem, daß der Schreiber von dem Wesen und der Arbeit in den christlichen Gewerkschaften nur eine sehr unklare Vorstellung hat. Die uns Feld geführten Gründe sind dieselben, die seit Jahrzehnten gegen die interkonfessionelle Organisation ins Feld geführt werden und praktisch und theoretisch hundertfach widerlegt wurden. Der Deutsch-Evangelische Frauenbund und der Gewerkschaften der Heimarbeiterinnen wissen, was sie wollen, und so wird auch dort dieser Angriff wohl befremdend, aber gewiß nicht entmutigend wirken. Es ist nicht der erste Versuch, eine evangelische Gewerkschaft zu gründen zu wollen. Es ist beim Versuch geblieben. Darum nehmen wir auch hier die Sache nicht allzu tragisch. Wie die katholischen christlichen Gewerkschaftler im schärfsten Kampf gegen die nur katholischen Fachabteilungen stehen, so wird die evangelische Arbeiterkraft gegen die neuen Gegner zu kämpfen wissen.

Die mühevoll aus dreißigjähriger Arbeit erwachsene christliche Gewerkschaftsbewegung ist interkonfessionell und muß es bleiben. Wer daran rüttelt, und wäre es in bester Absicht, besorgt nur die Geschäfte der Sozialdemokratie, die gierig darauf lauert, durch konfessionellen Haberdie große christliche Bewegung gespalten zu sehen.“

Wir meinen so: Wer vorurteillos und in bester Absicht die christliche Gewerkschaftsbewegung verfolgt hat, der kann unmöglich mehr an ihrer parteipolitischen und religiösen Neutralität zweifeln. Daß keine fremden Einflüsse auf die christlichen Gewerkschaften Wirkung haben und daß ein evtl. Versuch von außen auf die Leitung derselben einzuwirken entschieden zurückgewiesen wird, hat doch der „Fall Behrens“ wieder deutlich bewiesen. Die volle konfessionelle und parteipolitische Neutralität ist den christlichen Gewerkschaften ein großes Gut, das sie sorgfältig wahren werden. Das ist doch nun schon oft genug gesagt und bewiesen worden. Wer es will, der kann das wissen!

Allgemeine Rundschau.

Soziale Rechtsprechung. Ist der Arbeitgeber verpflichtet, dem Arbeiter beim Verlassen des Arbeitsverhältnisses die zur Unterhaltungskaufe geleisteten Beiträge zurückzuerstatten? In dieser, in letzter Zeit wiederholt besprochenen Frage liegt nun eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsamts in Augsburg vor. In einer Sitzung vom 3. Juni 1908 wurde folgende Frage verhandelt:

Der Dreher Karl Großmann klagte gegen die Maschinen- und Bronzewarenfabrik L. V. Riedinger hier auf Verzahlung von 19 Mk. 70 Pf. einbezogene Beiträge zur Unterhaltungskaufe. Kläger führte in seiner Klage aus, er sei seit dem 25. Juli 1905 bei beklagter Firma als Dreher in Arbeit gestanden, am 27. Mai 1908 jedoch entlassen worden. Vor seinem Eintritt habe er (Kläger) der Unterhaltungskaufe der Firma beitreten müssen, wofür ihm allmähentlich die Beiträge abgezogen wurden. Diefelben betragen zusammen die Summe von 19 Mk. 70 Pf., die er nun von der Firma retour verlangte. Die Firma verweigerte die Retourzahlung der Beiträge, da laut Statut der Kasse die Mitglieder, die aus Selbstverpflichtung von der Kasse entlassen werden, der Beiträge verlustig gehen. Diefenigen Arbeiter, die von der Firma wegen Arbeitsmangels u. a. entlassen werden, erhalten die Hälfte der eingezahlten Beiträge retour. Uebrigens, so führte der beklagte Vertreter aus, bestehe kein Zwang, der Kasse beizutreten; er mußte aber auf Verlangen des Vorstehers, Herrn Rechtsrat's Forster, zugeben, daß die Arbeiter, ehe sie zum Abzug geschickt und eingekleidet werden, unterschreiben müssen, der Kasse beizutreten, und daß sich bis jetzt noch kein Arbeiter geweigert hat, der Unterhaltungskaufe beizutreten. Der Kläger machte hierauf geltend, ein direkter Zwang zum Beitritt bestehe ja nicht, die Arbeiter wüßten aber genau, was sie zu tun hätten, nicht erklärt, nicht eingestimmt wird, dies gelte ja auch daraus hervor, daß die Arbeiter vor Aufnahme der Arbeit ihren Beitritt zu erklären haben. Nach längerer Beratung kam folgendes Urteil zustande: Die beklagte Firma L. V. Riedinger ist schuldig, an den Kläger Großmann 19 Mk. 70 Pf. zurückzuerstatten und hat die Kosten des Rechtsstreits zu tragen. In der Urteilsbegründung heißt es unter anderem: Es ist festzustellen und vom Beklagten zugegeben, daß die Arbeiter, bevor sie eingestellt werden, eine Erklärung des Inhaltes, daß sie in die Kasse eintreten, zu unterschreiben haben. Die Kasse ist damit nicht mehr eine Selbstverpflichtung, sondern in gewissem Sinne eine Zwangskaufe. Es wird sich jeder Arbeiter jagen, wenn ich hier nicht unterschreibe, laute ich Gefahr, nicht aufgenommen zu werden. Es wird wohl jeder Arbeiter zu dieser Ansicht kommen müssen und wird unterschreiben. Das ganze Rechtsverhältnis sei zwar formell in Ordnung, wegen dieses ausgeübten Zwanges jedoch gegen die guten Sitten verstoßend und deshalb nichtig. Der Vorstehende gab dem Vertreter der beklagten Firma den Rat, die Kasse aufzulösen oder auf eine andere Basis zu stellen. Diese Entscheidung wird die größten Folgen nach sich ziehen, insbesondere ist damit auch den Mitgliedern der „Selben Gewerkschaften“, genannt Werkvereine, die ja auf analogem Fundament ruhen, die Möglichkeit an die Hand gegeben, die eingezahlten Beiträge bei Lösung des Arbeitsverhältnisses wieder herauszubekommen.

Allgemeines.

Die Frauenarbeit in der preussischen Industrie. In dem ersten Artikel über die preussische Gewerkschaften in Nummer 22 unseres Organs haben wir nachgewiesen, wie in Preußen die Beschäftigung weiblicher Personen in der preussischen Industrie bedeutend zugenommen hat. Nach den amtlichen Aufzeichnungen ist die Gesamtzahl der gewerblichen Arbeiter im Jahre 1907 gegen 1906 um 83 325 auf 3 069 498 hat sich die Zahl der weiblichen Arbeiterinnen um 27 570 gesteigert. Die Zunahme beträgt 2,78%. Dagegen auf 637 929 vermehrt, das heißt um 4,52%. Erteilt man die beschäftigten weiblichen Arbeiterinnen nach Altersgruppen zusammen, und zwar im Vergleich des Jahres 1904 zu 1907, dann ergibt sich folgendes Bild:

Alter	1904	1907	Zunahme in %
Arbeiterinnen überhaupt	654 026	637 929	15,14
über 21 Jahre alten Arbeiterinnen	286 694	326 100	18,74
Arbeiterinnen	201 044	236 855	17,81
jugendl. Arbeiterinnen	65 392	75 570	16,56
weibliche Kinder	896	1 159	29,35

In dem der Gewerkschaften veröffentlichten Jahrbuch über 1904-1907 sind folgende Zahlen veröffentlicht:

schäftigt; im Jahre 1907 war die Zahl um 364 653 höher; die Zunahme beträgt 13,47%. Das Anwachsen der weiblichen Arbeitskräfte war demnach bedeutend stärker als die Steigerung der Zahl der Beschäftigten überhaupt.

In den obigen Angaben sind nicht enthalten die im Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen. Deren Zahl stellt sich, wie die „Gleichheit“ berichtet, für 1907 auf 107 118 oder 326 mehr als im Vorjahre. Die Zunahme ist demnach hier nur gering. Daß aber die Frau nicht nur vorübergehend Beschäftigung im Bergbau gefunden hat, daß sie heimlich geworden ist auch in dieser Industrie, beweist ihr fast stabiler Anteil an der Gesamtbeschäftigung. Es sind der Frau bestimmte Arbeiten zugewiesen, die mit dem Grade der Produktion ein wechselndes Quantum Arbeitskraft beanspruchen. Wir stellen die Zahlen eines Jahres der Krise und die zweier Jahre der Hochkonjunktur in Vergleich. Der Anteil der weiblichen Arbeiter an der Gesamtbeschäftigung im Bergbau betrug in Prozenten

Jahr	in Ober-schlesien	in Nieder-schlesien	im Bezirk Halle	im westl. rhein. Bezirk	im östl. rhein. Bezirk
1903	5,4	1,5	2,3	2,8	2,6
1906	5,5	1,3	2,4	2,5	2,8
1907	5,5	1,4	2,3	2,1	2,6

Die von diesen Arbeiterinnen geleistete Arbeit darf man als ziemlich gleichwertig mit der schägen, die von oberirdisch beschäftigten erwachsenen männlichen Hilfsarbeitern geleistet wird. Aber die Frauen werden viel schlechter bezahlt als diese; ja ihr Lohn erhebt sich nur wenig über den Lohn der unter 16 Jahre alten jugendlichen Arbeiter oder bleibt sogar noch dahinter zurück. Wir veranschaulichen das Lohnverhältnis durch folgende Tabelle. Es betrug der Durchschnittslohn der über Tage beschäftigten Arbeiter in Mark für

Arbeiter	1906	1907	1906	1907
in Oberschlesien	2,81	3,00	1,17	1,24
in Niederschlesien	2,83	2,99	1,58	1,61
im Bezirk Halle	3,23	3,30	1,76	1,89
im Bezirk Siegen	3,49	3,68	1,61	1,73
im Bezirk Nassau	2,92	3,18	1,24	1,50
im sonst. rechts-rhein. Bezirk	2,95	3,13	1,37	1,45
im sonst. links-rhein. Bezirk	2,61	2,67	1,53	1,60

In Oberschlesien, wo die Frauenarbeit in den Bergwerken am stärksten verbreitet ist, betrug im letzten Jahre der Frauenlohn nur 41,3% des Männerlohnes; im Erzbergbau bleibt der Lohn für Frauen hinter dem der jugendlichen sogar noch zurück. Darum: Arbeiterinnen, organisiert euch!

Veranstaltungskalender.

- Machen. 28. Juni, 10 1/2 Uhr, im Gesellschaftshaus, Konitz. 66. Generalversammlung.
- Machen-W. 24. Juni, 8 1/2 Uhr, bei A. Scheidtweiler.
- Altenberg. 28. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Johann Schöns, Generalversammlung.
- Narmen. 27. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Dappan, Oberdörnerstraße 69.
- Reichenburg. 20. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Walter Voll.
- Reichenstadt. 20. Juni, 9 Uhr, bei Meurer, N. Gosl.
- Reichenstadt. 21. Juni, 11 Uhr, bei Franz Dierkeg.
- Sachsenhausen a. d. Rupper. 28. Juni, 2 Uhr, bei Gustav Mayer.
- Sachsenhausen. 21. Juni, 1/2 Uhr, bei Sach, Generalbes.
- Sachsenhausen. 20. Juni, 8 1/2 Uhr, bei Hertelrath, Knochbahn.
- Spei. i. R. 21. Juni, 11 1/2 Uhr, bei Bucherwehler.
- 28. Juni, 4 Uhr, bei G. Rade.
- St. Gladbach-Essen. 27. Juni, 8 Uhr, bei Oswald Schaefer, Mathiasstr. Generalversammlung.
- St. Gladbach. 4. Juli, 9 Uhr, im Meierhaus.
- Stranau. 21. Juni, 1/2 Uhr, bei Borlinghaus, Generalversammlung.
- Stranau. 21. Juni, 11 1/2 Uhr, bei W. W. Winatighoff, außerordentliche Generalversammlung.
- Stranau. 21. Juni, 11 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Borlinghaus.
- Sülz. 4. Juli, 8 1/2 Uhr, bei Jakob Reich.
- Neum. 21. Juni, 5 Uhr, bei Felix Kamp.
- Waldheim a. Rhein. 24. Juni, 7 Uhr, bei Theodor Höfer, Waldstr. Generalversammlung.
- Waldheim. 31. Juni, 11 1/2 Uhr, bei G. Försting, Generalversammlung.
- Waldheim. 21. Juni, 5 Uhr, bei W. Fischer, Generalbes.
- Waldheim. 28. Juni, 1/2 Uhr, bei Joh. Mandelberg, Waldstr. 29. Juni (Peter und Paul), morgens 10 Uhr, bei Mandelberg, „Kreuzer Hof“, öffentl. Versamml.

Berichtigung.

In Nummer 23 unserer Zeitung heißt es in dem Berichtsbericht aus Ronsdorf im zweiten Absatz, letzter Satz, daß 1906 aus der Schweiz für über 38 Millionen Francs Seidenbänder ausgeführt seien. Das muß heißen für über 38 Millionen Francs.

Eupen.

Da mit dem Kostenbezug frühzeitig begonnen wird, bitten wir die Mitglieder um baldige Bestellung. Preise: Prima Hausbrandtollen Kohlscheider Scheitel 88 Pf., 1a Britisch 1,90 Mk. per 100 Stück, kleine Britisch 80 Pf. per 100 Stück. Bestellungen nehmen entgegen: Math. Bohn, Bergstraße 96, Waldstr. Friedl, Markt 25, Peter Kreuzer, Judenstr. 41, Jaf. Förster, Am Berg 24, Leo Pfeiffer, Montjoiestr. 12, Ad. Falkenberg, Ralmendystr. 86 und im Verbandslokale, Bergstr. 109.

Sterbe-Tafel.

Es starben die Verbandsmitglieder:

- Rosa Feldmann in Emsdotten.
- Ludger Jennissen in Wassenberg.
- Gorb. Adams in M. Gladbach.
- Kath. Otterbach in Bergneustadt.
- Peter Jos. Jollet in Montjoie.
- Wilh. Hähnle in Bebbelroth.

Ehre ihrem Andenken!

Mitglieder,
agitiert für den Verband!